

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

11. Mai 2018

Wochenbericht KW 19

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 34 % und 32 %, SPD bei 18 % bzw. 17 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben positiver
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden geht zurück Lage in Syrien und USA werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	infratest dimap ² für ARD
CDU/CSU	34 (-)	33 (-1)	32 (-1)
SPD	18 (+1)	17 (-)	18 (-)
FDP	9 (-)	9 (+1)	8 (-1)
DIE LINKE	10 (-)	10 (-)	9 (-1)
B'90/Grüne	11 (-2)	12 (-)	13 (+1)
AfD	13 (+1)	14 (-)	15 (+1)
Sonstige	5 (-)	5 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	30.0404.05.	0308.05.	0708.05.

Die Union liegt bei forsa 16 (-1), bei Emnid 16 (-1) und bei infratest dimap 14 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Merkel	49 (-)	
Nahles	13 (-)	
Merkel	47 (+3)	
Scholz	20 (-)	
Erhebungszeitraum	30.0404.05.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 36 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 27 (+3) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

86 % (+2) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 37 % (-2) für Nahles und 35 % (-2) für Merkel entscheiden.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 83 % (+4) der CDU/CSU-Anhänger für Merkel und 5 % (-2) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 48 % (-) Scholz und 30 % (+2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (13.05.2018)

² im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 14

Problemlösungskompetenz

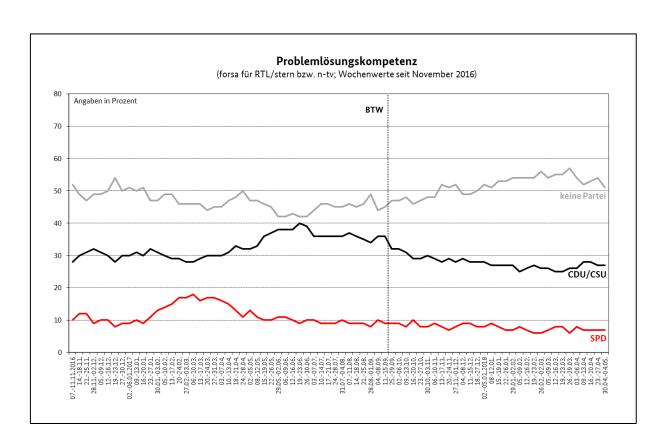
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	27	(-)
SPD	7	(-)
sonstige Parteien	15	(+3)
keine Partei	51	(-3)
Erhebungszeitraum	30.0404	.05.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

51 % (-3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

66 % (+4) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 32 % (-5) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Mai 2018

Emnid für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig				wich		weni wich	_	unwid	htig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71	(-)	27	(-)	1	(-)	0	(-1)		
Bedingungen der Pflege verbessern	66	(+2)	30	(-2)	3	(+1)	0	(-1)		
Altersversorgung langfristig sichern	63	(-3)	34	(-4)	2	(-)	0	(-)		
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62	(+4)	31	(-4)	4	(-1)	2	(+1)		
für soziale Gerechtigkeit sorgen	56	(-2)	39	(+3)	3	(-1)	1	(-)		
innere Sicherheit gewährleisten	52	(-5)	39	(+2)	7	(+1)	0	(-)		
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	51	(-)	37	(-)	10	(-)	2	(+1)		
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	48	(-5)	43	(+1)	6	(+2)	2	(+2)		
Steuerlast gerecht verteilen	47	(-3)	46	(+4)	4	(-1)	1	(-1)		
Gesundheitswesen modernisieren	46	(-1)	43	(-1)	8	(+2)	1	(-)		
Arbeitslosigkeit bekämpfen	44	(-)	45	(-1)	9	(-)	1	(+1)		
Zuwanderung von Ausländern regeln	41	(-2)	42	(+2)	11	(-)	5	(-)		
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36	(+2)	42	(-)	11	(-2)	8	(-1)		
neue Technologien fördern	33	(-)	47	(-1)	15	(+1)	3	(-)		
deutsche Interessen in der EU vertreten	30	(-1)	51	(-1)	13	(-)	4	(+2)		
für bezahlbare Strompreise sorgen	29	(-3)	52	(+3)	16	(-)	2	(+1)		
Energiewende zügig vorantreiben	29	(+2)	47	(-3)	16	(-)	6	(+1)		
Verbraucherschutz stärken	26	(-4)	53	(-)	17	(+2)	2	(+1)		
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25	(+1)	50	(-2)	18	(-)	5	(+1)		
Staatsschulden begrenzen	24	(-2)	46	(-6)	23	(+7)	5	(+1)		
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	19	(-4)	57	(+1)	18	(+3)	3	(-1)		
Erhebungszeitraum	0208.05.2018									

Die <u>Bildungspolitik</u> ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 40- bis 49-Jährigen (76 %) sowie von Anhängern der FDP (84 %) und der Grünen (82 %) als sehr wichtig angesehen.

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Ostdeutschen (73 %) sowie von Anhängern der AfD (86 %) und der Linkspartei (81 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (75 % zu 58 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (72 % zu 54 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Mai 2018

Emnid für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht		
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (+7) 20 (-4)		
deutsche Interessen im Ausland vertreten	65 (+2) 28 (+1)		
deutsche Interessen in der EU vertreten	62 (-1) 30 (+2)		
innere Sicherheit gewährleisten	60 (+6) 35 (-3)		
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60 (+8) 36 (-3)		
neue Technologien fördern	56 (+4) 33 (-)		
Staatsschulden begrenzen	53	(-) 35 (+2)		
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	52 (+4) 42 (-2)		
Verbraucherschutz stärken	51 (+5) 37 (-3)		
für bezahlbare Strompreise sorgen	49 (+3) 41 (-)		
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	49 (+1) 44 (+2)		
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	48 (+4) 48 (-1)		
Energiewende zügig vorantreiben	44 (+4) 48 (-4)		
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	39 (+5) 52 (-5)		
Gesundheitswesen modernisieren	39 (+7) 52 (-5)		
für soziale Gerechtigkeit sorgen	38 (+4) 57 (-1)		
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	31 (-1) 64 (+5)		
Zuwanderung von Ausländern regeln	31 (+1) 64 (+1)		
Altersversorgung langfristig sichern	30 (+3) 65 (-)		
Bedingungen der Pflege verbessern	28 (+3) 66 (-1)		
Steuerlast gerecht verteilen	25 (+2) 70 (+2)		
Erhebungszeitraum	0208.05.2018			

In 9 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist in fast allen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, gestiegen. Das gilt besonders für die Bereiche "Arbeitslosigkeit bekämpfen" (+8 Prozentpunkte), "Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen" und "Gesundheitswesen modernisieren" (jew. +7 Prozentpunkte).



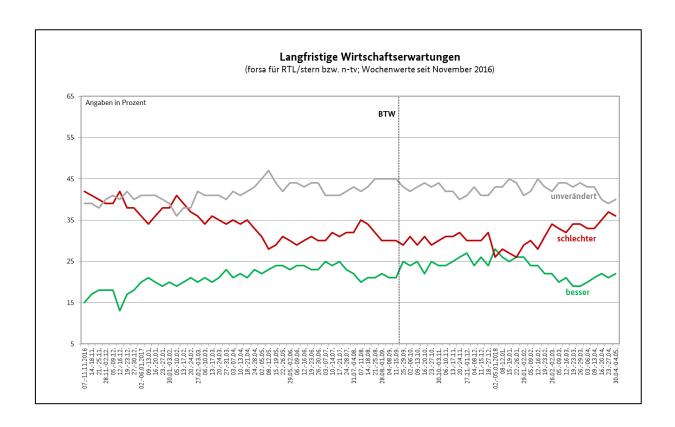
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv		
besser	22 (+1)		
schlechter	36 (-1)		
unverändert	40 (+1)		
Erhebungszeitraum	30.0404.05.		

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 14 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa ^{für} BPA	
sehr große	12 (-6)	
große	46 (-1)	
wenig	34 (+6)	
keine	8 (+2)	
Erhebungszeitraum	30.0404.05.	

Ostdeutsche und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 63 %) sowie Anhänger der Linkspartei (65 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (65 % zu 49 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (65 % zu 47 %).

Geringverdiener sowie Anhänger der Union und der FDP (jew. 47 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA	
Syrien	20	(+6)
USA	19	(-3)
Naher Osten, arabische Länder	16	(+6)
Asien, Nordkorea	10	(+3)
Russland	8	(-4)
Asylbewerber, Flüchtlinge	7	(-)
(Welt-)Wirtschaftskrise	6	(+2)
Türkei	5	(-)
Iran	5	(+4)
"Neuer Kalter Krieg" zwischen USA und Russland	4	(-9)
Erhebungszeitraum	30.04	04.05.

Nach Meinung der Bundesbürger drohen von der Lage in Syrien und von den USA die größten Gefahren für Deutschland.

Ostdeutsche, Gutverdiener und Anhänger der Linkspartei (jew. 26 %) nennen die <u>Lage in Syrien</u> überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Für Gutverdiener und Anhänger der Grünen (jew. 24 %) geht von den <u>USA</u> die größte Gefahr für Deutschland aus.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA	
sollte mehr Verant-	37 (-)	
wortung übernehmen	37 (-)	
sollte weniger Verant-	10 (2)	
wortung übernehmen	10 (-2)	
Deutschland tut	FO (:1)	
bereits genug	50 (+1)	
Erhebungszeitraum	30.0404.05.	

Männer (42 %), Personen mit hoher formaler Bildung und Gutverdiener (jew. 41 %) sowie Anhänger der Grünen (53 %), der Linkspartei (49 %) und der SPD (42 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (28 %) und der FDP (18 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Unter 30-Jährige (59 %), Frauen (56 %), Gering- und Mittelverdiener (55 %) sowie Anhänger der Union (62 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA	
nimmt zu viel		
Rücksicht auf andere	42 (+2)	
EU-Mitgliedstaaten		
nimmt zu wenig		
Rücksicht auf andere	15 (-1)	
EU-Mitgliedstaaten		
verhält sich alles in allem	20 (2)	
genau richtig	38 (-2)	
Erhebungszeitraum	30.0404.05.	

Ostdeutsche (53 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (50 %) und 45- bis 59-Jährige (48 %) sowie Anhänger der AfD (71 %) und der FDP (60 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland <u>zu viel Rücksicht</u> auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (34 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union, der Grünen (jew. 48 %) und der SPD (44 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infra dim ^{für B}	ар
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	24	(+10)
US-Präsidentschaft Donald Trump	9	(+1)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	6	(+4)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	5	(+3)
Erhebungszeitraum	szeitraum 0408.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik". Überdurchschnittlich häufig sehen Personen mit einfacher formaler Bildung (29 %) und Anhänger der AfD (43 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 65-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (31 % zu 15 %). Anhänger der Grünen (18 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

